

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
Deutschland / Germany / l'Allemagne
Email arnd_rueter@web.de

Präsidentin der EU-Kommission
Ursula von der Leyen

Sendung per Email

ec-president-vdl@ec.europa.eu

EU-Kommissarin für Finanzstabilität,
Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FF&K)
Mairead McGuinness

mairead.mcguinness@ep.europa.eu
cab-mcguinness-contact@ec.europa.eu

Exekutive-Vizepräsident der EU-Kommission
Valdis Dombrovskis

cab-dombrovskis-contact@ec.europa.eu

Rue de la Loi / Wetstraat 200
B-1049 Bruxelles / Brüssel
Belgique / België / Belgien

Cc: (zur Information)

Valeria Miceli, Policy Coordinator Financial Policies (Cab President VDL)

Valeria.Miceli@ec.europa.eu

John Berrigan, Generaldirektor für FF&K

John.Berrigan@ec.europa.eu

Alain Deckers, Referatsleiter FISMA-C1, FF&K

FISMA-C1@ec.europa.eu

Vaterstetten, 30.12.2020

Betrifft: mein Schreiben vom 07.07.2020

**Aufforderung zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags
der EU-Kommission zur Rolle der deutschen [Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden](#)
([BaFin](#), Bundesministerium für Finanzen) im Betrugsskandal um das Unternehmen
[WireCard](#)**

um die Untersuchung

**der Rolle dieser deutschen Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden (BaFin, BMF)
im größten Skandal um Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen**

Ihre Schreiben

01.09.2020 18:10 Valeria Miceli, Policy Coordinator Financial Policies (Cab President VDL)

10.11.2020 16:37 Alain Deckers, Referatsleiter (FISMA C1 Secretariat), FISMA.C.1/NT/JPR

Sehr geehrte Präsidentin von der Leyen,
sehr geehrte Kommissarin McGuinness,
sehr geehrter Exekutive Vizepräsident Dombrovskis
der Europäischen Kommission

mit meinem Schreiben vom 07.07.2020 habe ich die EU-Kommission aufgefordert

**den Untersuchungsauftrag
der EU-Kommission zur Rolle der deutschen Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden
(BaFin, Bundesministerium für Finanzen) im Betrugsskandal um das Unternehmen
WireCard
zu erweitern um die Untersuchung
der Rolle dieser deutschen Finanzdienstleister-Aufsichtsbehörden (BaFin, BMF)
im größten Skandal um Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen**

Am 01.09.2020 teilte mir Valeria Miceli, Policy Coordinator Financial Policies, im Auftrag der Präsidentin von der Leyen mit, das Schreiben würde zur weiteren Bearbeitung an den Generaldirektor für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion, John Berrigan, weitergeleitet.

Am 10.11.2020 habe ich im Namen des Exekutiv-Vizepräsidenten Dombrovskis eine „Antwort“ auf mein Schreiben vom Referatsleiter FISMA.C1, Alain Deckers, aus der Generaldirektion „Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion“ erhalten. Diese **Unwahrheit** „verwundert“, denn das EU Parlament hat am 07.10.2020 nach der Anhörung am 02.10. Mairead McGuinness als neue Kommissarin für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion und Valdis Dombrovskis als neuen Kommissar für Handelspolitik bestätigt.

Alain Deckers teilt in seiner „Antwort“ vom 10.11.2020 mit ich hätte „mich in meinem Schreiben über die Erhebung von Beiträgen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Leistungen aus Kapitallebensversicherungen **beschwert**“. Auch dieses ist eine **Unwahrheit**; denn ich habe mich an keiner Stelle beschwert. Man könne zu meinem Anliegen nichts tun, da „der von Ihnen [also mir] angesprochene Sachverhalt [...] die Ausgestaltung und Anwendung der sozialen Schutzsysteme in den Mitgliedstaaten [betrifft].“

1) Zum einen ist dies **eine 100% Verfehlung des Themas im Antwortschreiben des Alain Deckers**, die man plausibel eigentlich nur als absichtliche Themenverfehlung interpretieren kann, da er ja sogar in seinem Antwortschreiben meinen Betreff korrekt wiederholt. Die Aufforderung an die EU-Kommission zur Erweiterung des Untersuchungsauftrags im Betreff meines Schreibens wie auch der Antwort des Alain Deckers bezieht sich zweifelsfrei auf die **Rolle der BaFin und des Bundesministeriums für Finanzen** (der Bundesrepublik Deutschland) bei Kontrolle der in der Bundesrepublik tätigen Versicherer von Kapitallebensversicherungen. Die Aufforderung richtet sich keinesfalls auf die Überprüfung der Tätigkeit der deutschen Gerichte in der Verbeitragung von Sparerlösen aus Kapitallebensversicherungen.

Das im Schreiben vom 07.07.2020 lediglich zur Einordnung der Rolle der BaFin, des Bundesfinanzministeriums und der deutschen Lebensversicherer aufgezeigte Gesamtgeschehen (siehe „Dokumente und Beweise zur Einordnung des Betrages der deutschen Finanzdienstleistungs-Aufsichtsbehörden in ein Gesamtgeschehen“, Anhang_2 des Schreibens vom 07.07.2020) ist keinesfalls ein Argument vom Thema abzuweichen.

Es geht um Kapitallebensversicherungen bestehend aus einer Risiko-Komponente (Versicherung gegen Tod zugunsten definierter Hinterbliebener) und einer Komponente im Erlebensfall zur langfristigen Kapitalansparung aus den gezahlten Versicherungsprämien. Diese Versicherungen sind private Kapitallebensversicherungen der Arbeitnehmer (der Versicherten), die an die bestehenden Direktversicherungen zwischen seinem Arbeitgeber und dem Versicherer angeschlossen sind [REF_1]. Der staatlich organisierte Betrug an über 6 Mio Rentnern der Bundesrepublik Deutschland beginnt bei Fälligkeit und Freigabe der Verfügungsgewalt für den Versicherten über die erreichten Sparerlöse am Ende der Vertragslaufzeit. Dabei wird gesetzeswidrig seit 2004 (nach Inkraftsetzung des „Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitswesens“ (GMG) von den Versicherern von Kapitallebensversicherungen an die gesetzliche Krankenkasse des Versicherten gemeldet, dem versicherten Arbeitnehmer würde eine Betriebsrente ausgezahlt. Daraufhin werden von den gesetzlichen Krankenkassen der Bundesrepublik

Deutschland die Sparerlöse über 10 Jahre verbeitragt, als hätte der versicherte Arbeitnehmer eine einmalige Abfindung für seinen Anspruch auf eine Betriebsrente (Versorgungsanspruch) erhalten.

Diesem Betrug durch die Versicherer wird Vorschub geleistet durch rechtswidrige Versicherungsverträge zwischen jeweils dem Versicherer, dem Arbeitgeber und dem versicherten Arbeitnehmer (Versicherungsscheine), die auch minimalsten Anforderungen an Drei-Parteien-Verträge nicht genügen. Sie sind gestaltet nach dem Motto: im Ernstfall bestimmt der wirtschaftlich Stärkste (der Versicherer; ggf. in einer „Interessensgemeinschaft“ mit dem mitbetragenden Arbeitgeber) welche vertraglichen Regelungen tatsächlich gelten sollen. Die **Aufsichtsbehörde BaFin** befindet solche Verträge, die zu Lasten der Versicherten beliebig verdreht und verfälscht werden können, vollkommen in Ordnung, d.h. **die BaFin ist in diesen Massenbetrug involviert** (siehe „Dokumente und Beweise über den Betrug aller deutschen Lebensversicherer und die Nichtkontrolle durch die deutschen Finanzdienstleistungs-Aufsichtsbehörden“, Anhang_2 des Schreibens vom 07.07.2020). Dass die Versicherer um ihren Betrug wissen zeigt eindrucksvoll ein Schreiben an die Allianz Lebensversicherungs-AG, mit welchem diese am Vollzug ihrer Betrugsabsichten gehindert wurde [REF_2].

Die Nutznießer dieses Massenbetrugs (derzeit erreichte Betrugssumme ca. 30 Milliarden Euro) sind nur auf den ersten Blick die gesetzlichen Krankenversicherungen. Bei genauerem Hinsehen ist der Nutznießer die Exekutive, denn die Parteipolitiker haben sich mit dem sogenannten „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ von 2007 die Kontrolle über den „Gesundheitsfonds“, also das Eigentum der gesetzlich Kranken- und Pflegeversicherten gesichert [REF_3].

Laut Schreiben vom 10.11.2020 untersucht die EU-Kommission im Wirecard-Fall „ob es **aufsichtliche Versäumnisse der BaFin** gegeben hat“. Wenn die obigen kurzen Andeutungen nicht genau den Finger in die Wunde solcher fehlenden aufsichtlichen Versäumnisse legt, worum soll es denn dann gehen? Die hier im Schreiben und im Schreiben vom 07.07.2020 referenzierten Dokumente sprechen eine noch viel deutlichere Sprache: Es geht nicht nur um „Versäumnisse, sondern um strafrechtlich relevanten **Missbrauch dieser staatlichen „Kontrolle“ der Versicherer durch BaFin und Bundesministerium für Finanzen.**

2) Andererseits ging keinesfalls eine Aufforderung an die EU-Kommission, die Rolle der deutschen Gerichte bei der Durchsetzung dieses staatlich organisierten Betrugs zu untersuchen und es wurde darauf hingewiesen, dass das dann wohl eine Aufgabe des EUGH sein wird.

Die Aufforderung erging schon deshalb nicht, weil die EU-Kommission gar nicht zu einer solchen Untersuchung in der Lage ist. Dass aber mit dem Hinweis im Antwortschreiben vom 10.11.2020:

„Nach der Rechtsprechung der deutschen Gerichte fallen darunter auch Leistungen, die aus einer vom Arbeitgeber auf das Leben des Arbeitnehmers abgeschlossenen Direktversicherung gezahlt werden, wenn diese der Sicherung des Lebensstandards nach dem Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Erwerbsleben dienen sollen“

gezeigt wird, dass die EU-Kommission nicht nur nicht in der Lage, sondern darüber hinaus auch gar nicht willens ist den **Sachverhalt über den Missbrauch der BaFin und des Bundesministeriums für Finanzen aufzuklären**, erzeugt Klarheit über die von der EU-Kommission eingenommene Position.

Diese Wiederholung der gesetzes-/verfassungswidrigen Begründung aller an dem Betrug Beteiligten ist niedrigst mögliches Niveau bzw. größtmögliche Niveaulosigkeit in der Reaktion der EU-Kommission auf den gestellten Antrag. Um diese hier im Schreiben zitierte realitätsferne Behauptung/Lüge im sogenannten „Urteil“ zu begründen hat beispielsweise das Bayerische Landessozialgericht in meinem Berufungsverfahren genau zu diesem Thema 39 Rechtsbrüche des Sozialgerichtsgesetzes (SGG(BRD)) und der Zivilprozessordnung (ZPO(BRD)), 1 Nötigung in besonders schwerem Fall (§ 240 Strafgesetzbuch, StGB(BRD)), 115 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB(BRD), i.V.m. § 12 StGB(BRD) jede einzelne ein Verbrechen), 3 unmittelbare und 3 mittelbare Verfassungsbrüche (Art. 20(3), 97(1), 103(1) und Art. 3(1), 2(1), 14(1) GG(BRD)) begangen [REF_4].

Bei der verfassungswidrigen Nichtbearbeitung meiner Verfassungsbeschwerde zu diesem Thema verletzte das Bundesverfassungsgericht Art. 20 (2), 92, 93 (1) Nr. 4a, 94 (2), 97 (1), 101 (1), 103 (1) des Grundgesetzes (BRD) [REF_5].

Im Antwortschreiben Ihres Alain Deckers erfahre ich:

„Dabei ist es Sache der Mitgliedstaaten, über die Bedingungen und die Ausgestaltung der Erhebung von Beiträgen zur Finanzierung der sozialen Schutzsysteme zu entscheiden.“

„Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, dass die von Ihnen gerügten Sachverhalte gegen Bestimmungen des Europäischen Unionsrechts verstoßen könnten.“

Die Bedingungen und die Ausgestaltung durch die Mitgliedstaaten dürften allerdings ihre Grenzen haben, wenn dazu von den Mitgliedstaaten kriminelle Methoden angewendet, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit beseitigt werden und die eigene Verfassung (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland) missachtet wird. Ich erlaube mir angesichts des erhaltenen Schreibens ein wenig Nachhilfe zu geben:

(Bundeszentrale für politische Bildung (bpb); <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202098/rechtsstaat-rechtspolitik>):

„Unter dem Grundgesetz“ [der Bundesrepublik Deutschland] „stellt der Rechtsstaat eine verfassungsrechtliche Grundentscheidung dar, die dem gesamten Staatsaufbau als ein prägendes Leitprinzip vorgegeben ist.“ „Nach **Art. 2 des EU-Vertrages** bildet die **Rechtsstaatlichkeit ein fundamentales Prinzip der Gemeinschaft**, das sämtlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eigen ist. Die Formel von der Rechtsstaatlichkeit findet sich im Recht der EU seit Verabschiedung der von einem EU-Konvent unter Vorsitz Roman Herzogs erarbeiteten Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7.12.2000 (Präambel, Satz 3).“

„Sie [die Europäische Union] beruht auf den Grundsätzen der **Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit**.“

VERTRAG ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION (KONSOLIDIERTE FASSUNG), Amtsblatt der Europäischen Union, 26.10.2012, DE, C 326/17 (https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF)

Artikel 2

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, **Demokratie**, Gleichheit, **Rechtsstaatlichkeit** und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

(bpb; <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202036/grundrechte>)

„Gemäß der **Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) von 1950** werden allen unter der Herrschaftsgewalt der Mitgliedstaaten stehenden Personen die in der Konvention niedergelegten Rechte und Freiheiten garantiert; bei Verletzung ist eine Individualbeschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegeben.“

(Auswärtiges Amt (BRD); <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/europa-rechtsstaatlichkeit/2340814>)

„Die **Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln durch alle Mitgliedsstaaten ist eine unverzichtbare Säule, auf die sich die EU stützt**. Sie ist ein zentraler Wert, der allen Mitgliedsstaaten gemeinsam ist, so steht es am Beginn des Vertrags über die Europäische Union.“

Stellt sich aus EU-Sicht nur noch die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland bei der Beseitigung von Demokratie und Rechtsstaat uneinholbar vor anderen EU-Mitgliedstaaten liegt, weil sie sozusagen einen „historischen Vorteil dafür genutzt hat“, indem die alten Nazi-Juristen, die schon die Demokratie der Weimarer Republik erfolgreich beseitigt hatten, nach einer kurzen Phase der Entnazifizierung gleich wieder auf ihre Posten in Judikative und Jurisprudenz der noch jungen Bundesrepublik kamen [REF_6, REF_7].

Ich fasse zusammen. Solange ich von Ihnen, Frau Präsidentin von der Leyen, Frau Kommissarin McGuinness und Herr Exekutive Vizepräsident Dombrovskis, keine Distanzierung von diesem Schreiben des Alain Deckers erhalte, gehe ich selbstverständlich davon aus, dass dieses Schreiben die offizielle Sicht der EU-Kommission widerspiegelt nicht nur zum Mitwirken der deutschen Aufsichtsbehörden (BaFin, Bundesministerium für Finanzen), sondern (ungefragt mitgeteilt) auch zur kriminellen Mitwirkung der deutschen Justiz am staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch, dem, gemessen an der Anzahl der involvierten staatlichen und öffentlich rechtlichen Organisationen, größten Skandal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Damit ist die EU-Kommission nichts weiter als der verlängerte Arm nationaler Parteioligarchien, die die Demokratie und den Rechtsstaat in ihren jeweiligen Mitgliedsländern beseitigen. D.h. die Aussagen der EU-Kommission, wie hier z.B. zu ihren Bemühungen den Wirecard Skandal unabhängig untersuchen zu wollen, kann man getrost als reines Marketing in eigener Sache und als planmäßige Irreführung der Bürger der EU verstehen.

Eine solche EU-Kommission ist nichts weiter als ein Sargnagel für die europäische Idee.

Ich gestehe, ich und Millionen andere mit mir hätten sich über ein positiveres Echo gefreut.
Mit freundlichen Grüßen

.....
(Dr. Arnd Rüter)

(Mitglied der Interessengemeinschaft der **GMG-Geschädigten** Direktversicherten)



Referenzen (REF_x) und Anlagen (ANLx)

[REF_1] https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200110_Die_Versicherer_stehen_den_gesetzl._Krankenkassen_in_puncto_Kriminalitaet_in_nichts_nach

[REF_2] <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenz [IG_K-KV_9216]

identisch zu Anlage **ANL1 des vorliegenden Schreibens**:

20201008 Antwort an die Mitglieder des Vorstands der Allianz Lebensversicherungs-AG zu ihrem ungesetzlichen Ansinnen (Betrug in besonders schwerem Fall, Verrat von Privatgeheimnissen) und zur Kette von Betrügereien der Allianz seit Mai 2011; u.a. Nachweis der Gesetzeswidrigkeit aller seit Aug. 1999 abgeschlossenen Versicherungsverträge zu Kapitallebensversicherungen basierend auf den AVB (siehe [IG_K-KV_9210])

[REF_3] https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200925_Das_Treiben_der_Parteienoligarchie_Kriminalitaet_der_gesetzl._KK_und_des_GKV-SVB_wirkungsloses_und_ungesetzliches_Basteln_an_der_Legaldefinition_'Versorgungsbezug'; <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenz [IG_K-PP_015]

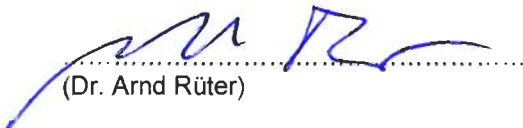
[REF_4] <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenz [IG_K-LG_23021] bis [IG_K-LG_23043] insbesondere [IG_K-LG_23041]

[REF_5] <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenz [IG_K-VG_2301] bis [IG_K-VG_2329]; https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200828_Die_mit_dem_GMG_einhergehende_Kriminalisierung_der_Justiz-_Teil_III_Das_Verfassungsgericht

Damit ist die EU-Kommission nichts weiter als der verlängerte Arm nationaler Parteioligarchien, die die Demokratie und den Rechtsstaat in ihren jeweiligen Mitgliedsländern beseitigen. D.h. die Aussagen der EU-Kommission, wie hier z.B. zu ihren Bemühungen den Wirecard Skandal unabhängig untersuchen zu wollen, kann man getrost als reines Marketing in eigener Sache und als planmäßige Irreführung der Bürger der EU verstehen.

Eine solche EU-Kommission ist nichts weiter als ein Sargnagel für die europäische Idee.

Ich gestehe, ich und Millionen andere mit mir hätten sich über ein positiveres Echo gefreut.
Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Arnd Rüter)

(Mitglied der InteressenGemeinschaft der **GMG-Geschädigten** Direktversicherten)



Referenzen (REF_x) und Anlagen (ANLx)

[REF_1] https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200110_Die_Versicherer_stehen_den_gesetzl._Krankenkassen_in_puncto_Kriminalitaet_in_nichts_nach

[REF_2] [https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_\[IG_K-KV_9216\]](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_[IG_K-KV_9216])

Identisch zu Anlage **ANL1** des vorliegenden Schreibens:

20201008 Antwort an die Mitglieder des Vorstands der Allianz Lebensversicherungs-AG zu ihrem ungesetzlichen Ansinnen (Betrug in besonders schwerem Fall, Verrat von Privatgeheimnissen) und zur Kette von Betrügereien der Allianz seit Mai 2011; u.a. Nachweis der Gesetzeswidrigkeit aller seit Aug. 1999 abgeschlossenen Versicherungsverträge zu Kapitallebensversicherungen basierend auf den AVB (siehe [IG_K-KV_9210])

[REF_3] https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200925_Das_Treiben_der_Parteienoligarchie_Kriminalitaet_der_gesetzl._KK_und_des_GKV-SVB_wirkungsloses_und_ungesetzliches_Basteln_an_der_Legaldefinition_'Versorgungsbezug';
[https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_\[IG_K-PP_015\]](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_[IG_K-PP_015])

[REF_4] [https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_\[IG_K-LG_23021\]_bis_\[IG_K-LG_23043\]_insbesondere_\[IG_K-LG_23041\]](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_[IG_K-LG_23021]_bis_[IG_K-LG_23043]_insbesondere_[IG_K-LG_23041])

[REF_5] [https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_\[IG_K-VG_2301\]_bis_\[IG_K-VG_2329\]](https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/Referenz_[IG_K-VG_2301]_bis_[IG_K-VG_2329]); https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/20200828_Die_mit_dem_GMG_einhergehende_Kriminalisierung_der_Justiz-_Teil_III_Das_Verfassungsgericht

[REF_6] <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenz [IG_K-PP_015]

identisch zu Anlage **ANL2 des vorliegenden Schreibens:**

20200925 **OFFENER BRIEF an Hubertus Heil** (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, **und Jens Spahn** (CDU), Bundesminister für Gesundheit; Übertragung per Email, Mitteilung per CC an:

- _ Bundespräsident,
- _ Bundeskanzlerin und alle Mitglieder der Bundesregierung (Exekutive),
- _ alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages (MdB; Legislative),
- _ Vorstände aller im GDV organisierten Versicherer mit Risiko- oder Kapitallebensversicherungen oder Versicherungen zur betrieblichen Altersvorsorge)
- _ alle Mitglieder von Präsidium & Bundesvorstand der CDU
- _ alle Mitglieder von Präsidium & Vorstand der CSU
- _ alle Mitglieder von Parteivorsitz & Parteivorstand der SPD
- _ alle Mitglieder vom Bundesvorstand & Parteirat Bündnis 90/Die Grünen
- _ alle Mitglieder vom Parteivorstand von Die Linke
- _ alle Mitglieder von Präsidium & Bundesvorstand der FDP

[REF_7] <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenz [IG_K-PP_016]

identisch zu Anlage **ANL3 des vorliegenden Schreibens:**

20201220 **OFFENER BRIEF an die hauptverantwortlichen Politiker der Bundesrepublik Deutschland:**

- _ Bundespräsident,
- _ Bundeskanzlerin und alle Mitglieder der Bundesregierung (**Exekutive**),
- _ alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages (MdB; **Legislative**)
- _ alle Mitglieder von Präsidium & Bundesvorstand der CDU
- _ alle Mitglieder von Präsidium & Vorstand der CSU
- _ alle Mitglieder von Parteivorsitz & Parteivorstand der SPD
- _ alle Mitglieder vom Bundesvorstand & Parteirat Bündnis 90/Die Grünen
- _ alle Mitglieder vom Parteivorstand von Die Linke
- _ alle Mitglieder von Präsidium & Bundesvorstand der FDP

die verantwortlichen Richter:

- _ alle Richter des Bundesverfassungsgerichts (**BVerfG**)
 - _ alle Richter des Bundessozialgerichts (**BSG**),
 - _ die Präsidenten und Vizepräsidenten aller Landessozialgerichte (**LSG**)
- inklusive von dessen Anlagen

<https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/> 20201208 *Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn*

<https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> Referenz [IG_K-JU_101]

2014, 2016, 202011_Bernd Rütters "Die heimliche Revolution vom Rechtsstaat zum Richterstaat, Verfassung und Methoden - Ein Essay"

Mohr Siebeck Tübingen 1. Aufl. 2014, hier: 2. um Nachwort ergänzte Auflage Dez. 2015. Mohr Siebeck (c) 2016

Kommentiert Dr. A. Rüter, Nov 2020, und mit passenderem Titel bedacht "Der heimliche Staatstreik der Juristen - Vom Rechtsstaat zum Richterstaat"